

Trotz Corona weniger Konkurse als 2019

Luxemburg. Wie viele Unternehmen sind seit Beginn der Coronapandemie in Konkurs gegangen. Welche Sektoren waren am meisten betroffen? Wurden Unternehmen seit Beginn der Pandemie gegründet? Auf diese Fragen wollte der Piraten-Abgeordnete Marc Goergen von Wirtschaftsminister Franz Fayot, Mittelstandsminister Lex Delles und Justizministerin Sam Tanson eine Antwort. Die Antwort der Minister mag erstaunen: Außer im Mai und Juli hat es seit Beginn des Lockdown im März in diesem Jahr weniger Konkurse gegeben als im vergangenen Jahr. Das dürfte allerdings vor allem an den staatlichen Stützungsmaßnahmen liegen, vor allem an der Kurzarbeit. Im März 2019 zum Beispiel wurden 153 Insolvenzen erklärt, im März dieses Jahres 75. Insgesamt gab es von März bis August letzten Jahres 663 Konkurse, in der gleichen Zeitperiode in diesem Jahr aber nur 513.

Am meisten von Insolvenzen betroffen waren seit dem Lockdown vor allem Unternehmen aus dem Finanzbereich und aus dem Einzelhandel. Die Zahl der Unternehmensgründungen war 2019 und 2020 bislang fast gleich. Vom 15. März 2020 bis zum 31. August 2020 wurden 4 308 Handelsermächtigungen ausgestellt, 3 433 an Gesellschaften, und 875 an private Personen. Mit einem Anteil von 47,8 Prozent wurde fast die Hälfte dieser Handelsermächtigungen an neu gegründete Unternehmen ausgestellt.

ply

WTO: US-Strafzölle nicht legal

Genf. Von den USA gegen China verhängte Strafzölle von bis zu 25 Prozent verstößen laut Welthandelsorganisation (WTO) gegen Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Das gelte für die 2019 verhängten Strafzölle auf chinesische Güter im Umfang von 200 Milliarden Dollar (169 Mrd. Euro), teilte das WTO-Streit-schlichtungsgremium am Dienstag in Genf mit. Die USA hätten die Notwendigkeit des Schutzes ihres Marktes gegen unfairen Wettbewerb durch Zölle nicht ausreichend begründet.

dpa

Konjunkturausblick überraschend positiv

Mannheim. Die Konjunkturerwartungen deutscher Finanzexperten haben sich im September überraschend aufgehellt. Wie das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mitteilte, stieg der von ihm erhobene Indikator um 5,9 Punkte auf 77,4 Zähler. Analysten hatten hingegen im Mittel mit einem Rückgang auf 69,5 Punkte gerechnet.

dpa

Zahl des Tages

1,9

Mit einer Zahlung von umgerechnet mehr als 1,9 Milliarden Euro will Daimler in den USA den Streit mit Behörden und Kunden um angebliche Verstöße gegen Abgasregeln abräumen.



In Luxemburg sind rein theoretisch 50 Prozent aller Arbeitsstellen für Heimarbeit geeignet.

Foto: AFP

Heimarbeit soll eine Option bleiben

Wirtschafts- und Sozialrat (CES) stellt Gutachten zur Telearbeit vor

Von Nadia Di Pillo

Unternehmen in Luxemburg lassen ihre Beschäftigten seit Beginn der Corona-Krise verstärkt von zuhause aus arbeiten, doch ein gesetzliches Recht auf Homeoffice gibt es in Luxemburg nicht. So soll es nach Meinung des Wirtschafts- und Sozialrats (Conseil économique et social, CES) auch in Zukunft bleiben. In einem neuen Gutachten zur Telearbeit verteidigt das Gremium das Prinzip, dass Homeoffice für Angestellte weiterhin auf freiwilliger Basis möglich sein soll.

„Die Einführung von Telearbeit erfordert eine bilaterale Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf doppelter freiwilliger Basis. Diese Vereinbarung zwischen den Parteien gilt sowohl für den Übergang zur Telearbeit als auch für die Rückkehr zum klassischen Arbeitsmodell im Unternehmen“, schreibt der CES in seinem Gutachten, das gestern vorgestellt wurde.

Der Wirtschafts- und Sozialrat geht davon aus, dass künftig immer mehr Beschäftigte von zuhause aus arbeiten wollen. Parallel dazu steigt auch die Anzahl der Arbeitgeber, die im eigenen Unternehmen Heimarbeit anbieten werden. „Es besteht daher keine Notwendigkeit, den Weg zur Telearbeit zu erzwingen, die Regelung muss aber diese Bewegung in konstruktiver Weise für die betroffenen Berufe und Mitarbeiter begleiten“, meint der CES.

In seinem Gutachten schlägt der Wirtschafts- und Sozialrat eine präzise Definition der Heimarbeit vor sowie auch einen breiteren Anwendungsbereich als bisher. Zwei Kategorien von Telearbeit müssen laut CES geregelt werden, näm-

lich die „eher wiederkehrende Heimarbeit“ und die „eher gelegentliche oder spontane Telearbeit“ – die derzeitige Regelung sieht nur die regelmäßige Nutzung von Homeoffice vor. Die Sozialpartner sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Heimarbeit als „gelegentlich“ betrachtet wird, wenn sie zur „Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse“ durchgeführt wird oder wenn sie im Durchschnitt weniger als zehn Prozent der normalen Jahresarbeitszeit des Heimarbeiters ausmacht.

Keine Einmischung in das Privatleben

Der Präsident des CES Jean-Jacques Rommes weist auf die Wichtigkeit hin, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz mit der Achtung der Privatsphäre des Heimarbeiters in Einklang zu bringen. „Wir sind der Meinung, dass die Einmischung von Unternehmen in das Privatleben der Arbeitnehmer begrenzt werden muss, indem die entsprechenden Punkte in der derzeitigen Regelung gestri-

- Der Vorteil von
- Heimarbeit geht eher in Richtung Wohlbefinden der Mitarbeiter als in Richtung Umweltschutz.

Christophe Knebel

chen werden, die u.a. vorsehen, dass ein Arbeitgeber Zugang zum Telearbeitsplatz haben kann.“

In Bezug auf die Arbeitszeit erinnert Rommes daran, dass die formelle Einführung eines Rechts auf Telearbeit allein hinausgeht und daher nicht zum derzeitigen Aufgabenbereich des CES gehört. Es gilt demnach die gesetzliche Überstundenregelung. Und: „Der Arbeitgeber muss sicherstellen, dass der Ausnahmecharakter von Überstunden auch für Telearbeiter strikt eingehalten wird“, sagt

Christophe Knebel vom LCGB und Berichterstatler der Arbeitsgruppe.

Auch Grenzgänger sollen künftig mehr Heimarbeit verrichten dürfen. Die Vertreter des CES wünschen sich, dass die entsprechende Toleranzgrenze in den drei Nachbarländern auf 55 Tage pro Jahr erhöht wird.

In Luxemburg wird die Heimarbeit in einer Rahmenvereinbarung geregelt, die am 21. Februar 2006 zwischen der Union des entreprises luxembourgeoises (UEL) auf der einen Seite und den Gewerkschaften OGBL und LCGB auf der anderen Seite unterzeichnet wurde. Dieses Rahmenabkommen wurde zweimal verlängert – 2011 und 2015 – und am 15. März 2016 durch eine großherzogliche Verordnung für allgemein verbindlich erklärt. In Zeiten der Digitalisierung und angesichts der gegenwärtigen Corona-Krise sei eine Überprüfung des rechtlichen Rahmens dringend erforderlich, so Jean-Jacques Rommes. Und: „Die gute Nachricht ist, dass alle Sozialpartner darüber einig sind, was wir erreichen wollen. Im Anschluss unseres Gutachtens haben wir daher einen Textvorschlag angehängt, der die derzeitige Vereinbarung ersetzen könnte“.

Laut Christophe Knebel sind rein theoretisch fünfzig Prozent aller Arbeitsstellen in Luxemburg für Heimarbeit geeignet. Entgegen der weit verbreiteten Meinung trägt Heimarbeit nicht wesentlich zur Entlastung der Umwelt bei. „Der Verkehr geht nicht drastisch zurück, sondern die Fahrten und Bewegungen verschieben sich. Der Vorteil von Heimarbeit geht also eher in Richtung Wohlbefinden der Mitarbeiter als in Richtung Umweltschutz“, fügt er hinzu.



Jean-Jacques Rommes: „Es besteht keine Notwendigkeit, den Weg zur Telearbeit zu erzwingen.“

Foto: Luc Deflorenne

Frühling im Herbst

Die ICT-Spring findet in diesem Jahr überwiegend virtuell statt - für viele gewöhnungsbedürftig

Von Thomas Klein

Derzeit müssen alle Unternehmen versuchen, das Beste aus der schwierigen Situation zu machen. Das gilt besonders für Veranstalter von Messen und Konferenzen, die im Moment überwiegend virtuell stattfinden müssen. So startete die diesjährige ICT-Spring gestern zunächst notgedrungen etwas holprig. Viele der internationalen Top-Redner waren per Videokonferenz aus dem heimischen Büro zugeschaltet oder schickten ihren Beitrag als vorab aufgezeichnetes Video. Die Organisatoren der Konferenz, die bis Mittwoch dauert, erwarten über 5 000 digitale Besucher. Normalerweise findet die ICT-Spring namensgemäß im Frühling statt, musste aber in diesem Jahr infolge der Pandemie auf den September verlegt werden.

Die Messe bringt eigentlich ideale Voraussetzungen mit, auch als Online-Konferenz zu funktionieren, sind doch sowohl die Teilnehmer als auch die Referenten erwartbar technikaffin. Dennoch wurde die besondere Schwierigkeit der aktuellen Situation im Laufe des ersten Konferenztages auch technisch deutlich: Einige der Referenten konnten ihre Slides nicht zeigen oder Ton und Bild der Vorträge waren nicht synchron.

Krise dominierendes Thema

Abgesehen von den technischen Herausforderungen war es den Organisatoren aber wieder gelungen, eine beeindruckende Liste von Branchenexperten zu versammeln. Eines der dominierenden Themen der Konferenz war auch hier das Corona-Virus und wie digitale Hilfsmittel den Unternehmen dabei geholfen haben, ihr Geschäft trotz des Lockdown aufrecht zu erhalten. Für Robert Scharfe, den Chef der Luxemburger Börse, war es entscheidend, dass das Unternehmen bereits lange zuvor angefangen hatte, bestimmte Prozesse in die Cloud zu verlagern. „Es dauerte weniger als



Die diesjährige ICT-Spring fand unter schwierigen Bedingungen statt.

Screenshot: ICT Spring

72 Stunden, bis wir es geschafft hatten, dass 98 Prozent der Belegschaft im Homeoffice arbeiteten“, so Scharfe in einer Diskussionsrunde. Mirjam Bamberger, die Chef der Versicherung AXA in Luxemburg, betonte, wie sehr die Krise die Digitalisierung in ihrem Unternehmen beschleunigt habe. „Wir haben Dinge getan, von denen wir zuvor nur geträumt haben. Innerhalb weniger Stunden haben wir Entscheidungen über Investitionen in Digitalisierung getroffen, die normalerweise zwei bis drei Jahre dauern“, sagte sie.

Neben der allgegenwärtigen Krise war eines der Schwerpunktthemen in diesem Jahr das Thema Künstliche Intelligenz (KI). Ein ganzer Strang des Konferenzprogramms war dem Thema gewid-

met. Zahlreiche Vorträge drehten sich um die Frage, wie KI in Unternehmen so eingesetzt werden kann, dass sie menschliche Arbeit ergänzt und ihre humanen Kollegen von repetitiven Tätigkeiten befreit. Daneben gab es Foren zu den Themen Finanztechnologie, IT-Sicherheit, Weltraumtechnologie und die digitale Lieferkette sowie einen Start-up-Wettbewerb.

Virtuelles Netzwerken

Ein Aspekt, der normalerweise den Reiz solcher Veranstaltungen ausmacht, kam aber erwartbar zu kurz: Das Knüpfen nützlicher Kontakte. Das schien auch Carlo Thelen, Generaldirektor der Handelskammer, zu sehen: „Digitale Interaktionen sind begrenzt. Kontakte von Angesicht zu Angesicht werden

immer große Vorteile haben, die nicht digital reproduziert werden können“, sagte er in seiner Ansprache. So fiel auch die Ausstellung in diesem Jahr etwas gewöhnungsbedürftig aus. Besucher konnten sich in den virtuellen Ausstellungsräumen der Unternehmen über Chats mit dem Standpersonal unterhalten. „Das funktioniert bisher ausgesprochen gut“, sagt Frederic Rouessel von der Luxembourg Space Agency, einer der Aussteller. „Wir haben ähnlich viele Anfragen bekommen wie bei einer regulären Konferenz.“

Dennoch war es nicht allen wohl bei rein digitalen Netzwerken. „Ich hoffe, dass wir uns bald wiedersehen - in der wirklichen Welt“, schloss Premierminister Xavier Bettel in seiner Videoansprache.

Viele Handytarife sind nicht rechtens

Luxemburg. Handytarife, bei denen bestimmte Dienste etwa für Musik-Streaming nicht auf das Datenvolumen des Kunden angerechnet werden, verstoßen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen EU-Recht. Die Anbieter dürften bestimmte Anwendungen nicht bevorzugt behandeln, die Nutzung der übrigen Dienste nach Verbrauch des Datenvolumens hingegen blockieren oder verlangsamen, befanden die Luxemburger Richter am Dienstag (Rechtssachen C-807/18 und C-39/19). Dies verstoße gegen den Grundsatz der Netzneutralität, wonach alle Daten im Internet diskriminierungsfrei gleich behandelt werden müssen. Konkret geht es um Tarife mit einem begrenzten Internet-Datenvolumen. Ist dieses Volumen verbraucht, wird der weitere Datenverkehr verlangsamt oder blockiert. dpa

Europas Meta-Wolke nimmt Form an

Gründungsurkunde für Cloud-Initiative Gaia-X unterschrieben

Brüssel. Die europäische Cloud- und Dateninfrastruktur Gaia-X nimmt konkrete Formen an. Am Dienstag unterzeichneten 22 Gründungsmitglieder aus Deutschland und Frankreich die Urkunde, mit der die Non-Profit-Organisation Gaia-X AISBL mit Sitz in Brüssel gegründet wurde. Auf deutscher Seite sind unter anderem BMW, Bosch, DE-CIX, Deutsche Telekom, Fraunhofer Gesellschaft, SAP und Siemens mit an Bord. Aus Frankreich zählen vor allem EDF und Orange zu den Schwergewichten.

Bei dem im Oktober 2019 vorgestellten Projekt geht es darum, in Europa nicht alternatives auf die großen IT-Konzerne aus den USA und China angewiesen zu sein. Dafür soll ein Konzept für eine souveräne und vertrauens-

würdige europäische Dateninfrastruktur erarbeitet werden, für die bestehende Angebote über Open-Source-Anwendungen und offene Standards miteinander vernetzt werden. Für Mitte November plant die Vereinigung ein Treffen.



Vorteil des Cloud-Computing ist, dass es von jedem Ort aus zugänglich ist. Foto: Shutterstock

Gaia X soll von der nicht-gewinnorientierten Organisation (AISBL) nach belgischem Recht gesteuert werden. Der deutsche Branchenverband Bitkom nannte die Gründung der Organisation einen „Meilenstein auf dem Weg zu einer europäischen Cloud- und Dateninfrastruktur.“ Gaia-X müsse möglichst bald erste Angebote auf den Markt bringen. 20 Arbeitsgruppen feilen bereits an Anwendungen, unter anderem in den Bereichen Industrie, Finanzen und Energie. Es wird erwartet, dass Staaten am Anfang große Auftraggeber sein werden, um das Projekt in Schwung zu bringen. Anfang 2021 soll Gaia-X am Markt sein und europäischen Firmen eine Alternative zu amerikanischen und chinesischen Cloud-Computing-Anbietern bieten. pley/dpa

Airlines fordern einheitliche Regeln

Brüssel. Fluggesellschaften aus Europa sehen einheitliche Reise-Regeln in der Corona-Pandemie als wichtigstes Mittel, um die Nachfrage nach Flugtickets wieder anzukurbeln. Der Branchenverband Airlines for Europe (A4E) forderte die Regierungen in der Europäischen Union am Dienstag auf, einer entsprechenden Empfehlung der EU-Kommission zu folgen. „Es braucht dringend ein einheitliches europäisches Testprogramm, damit wir überhaupt eine Chance haben, das Vertrauen der Passagiere zurückzugewinnen“, sagte A4E-Geschäftsführer Thomas Reynaert. Der Chef des britischen Billigfliegers Easyjet, Johan Lundgren, sieht die Reiselust der Europäer durch die Buchungszahlen bestätigt. „Sobald Reisebeschränkungen zurückgenommen werden, gehen die Buchungen durch die Decke“, sagte er in einer Videokonferenz mit Journalisten. Daher würden einheitliche Regeln den Fluggesellschaften mehr helfen als zusätzliches Geld von den Regierungen. Nach Ansicht von Sebastian Mikosz vom Weltluftfahrtverband IATA steckt die Branche noch nicht in der Erholungsphase, sondern immer noch im Überlebenskampf. dpa

Lego will nachhaltiger werden

Billund. Der dänische Spielwarenriese Lego will in den kommenden drei Jahren bis zu 400 Millionen Dollar in seine Nachhaltigkeitsprojekte investieren. Nächster Schritt sei, nach und nach die Einweg-Plastikbeutel abzuschaffen, in denen die einzelnen Bestandteile der Lego-Sets eingepackt sind, teilte die Lego-Gruppe am Dienstag mit. Ab 2021 sollen re-



cyclbare Papierbeutel erprobt werden. Weitere Investitionen sollen in die Entwicklung nachhaltigerer Produkte, aber etwa auch in die spielerische Vermittlung des Nachhaltigkeitsgedankens an Kinder fließen. dpa

Continental schließt weiteres Werk

Aachen/Hannover. Continental will wegen der Absatzkrise und des Strukturwandels in der Autoindustrie noch mehr Standorte schließen als bisher bekannt. In Aachen soll bis Ende 2021 das Reifenwerk dichtgemacht werden, bestätigte das Dax-Unternehmen am Dienstag nach entsprechenden Informationen aus der Gewerkschaft IG BCE. Betroffen wären 1 800 Stellen. Endgültig beschlossen sei dies aber noch nicht. Der mit hohen Verlusten kämpfende Zulieferer hatte erst Anfang September angekündigt, seinen laufenden Sparkurs und Konzernumbau zu verschärfen. Die Reifensparte gilt bisher allerdings auch noch als vergleichsweise profitabel. dpa